

Erfahrungsbericht Verwaltungsstation

Ausbildungsstelle: Bezirksregierung

Jahr: 2013

Wenn sich die Station bei der Staatsanwaltschaft dem Ende zuneigt, steht man zum ersten Mal vor dem Problem, sich den Ausbilder für den folgenden Verwaltungsabschnitt selber suchen zu müssen. Da ich grundsätzlich alle Fristen gerne bis zum Ende ausreize, stellte sich die Suche nach einem geeigneten Platz erst mal als schwierig dar. Für die beliebten Stellen bei der Polizei, der JVA Düsseldorf oder der Feuerwehr muss man sich nicht nur sehr, sehr frühzeitig bewerben, sondern man muss unter Umständen sogar zu Vorstellungsgesprächen antreten. Das erschien mir für eine dreimonatige Ausbildungszeit sehr aufwendig, ist jedoch vor dem Hintergrund der hohen Bewerberzahlen auch verständlich.

Ich bin letztendlich bei der Bezirksregierung Düsseldorf „gelandet“ und habe es nicht eine Minute bereut. Gerade wenn man noch unentschlossen ist, was den Themenbereich angeht, hat man dort mit den unterschiedlichen Abteilungen und Dezernaten eine große Auswahlmöglichkeit. Zuerst empfehle ich, einen Blick auf den Organisationsplan der BezReg auf deren Homepage zu werfen. So bekommt man einen guten Überblick und kann sich schon mal zwei, drei Bereiche aussuchen, die einen interessieren könnten. Dann ruft man den dort für Referendare zuständigen Sachbearbeiter an, denn der kann genau sagen, in welchen Bereichen Stellen frei sind. Sobald man dann die telefonische Zusage des Dezernenten des gewünschten Dezernates bekommen hat, ist es auch schon geschafft. Keine schriftlichen Bewerbungen, keine Vorstellungsgespräche. Nur eine kurze schriftliche Mitteilung an die Bezirksregierung, dass man eine Zusage hat.

Ein großer Unterschied zu den bisherigen Stationen ist natürlich die Anwesenheitspflicht. Mir wurde ein Tag zum Lernen in der Woche gestattet, so dass ich neben der Arbeitsgemeinschaft noch dreimal die Woche von 8 Uhr bis 15.30 Uhr antreten musste. Das ist meiner Ansicht nach aber auch völlig legitim, denn nur so bekommt man auch einen guten Einblick in die Verwaltungspraxis.

Das kann unter Umständen auch anders sein, wenn - wie im Falle eines Kollegen von mir - gerade kein Arbeitsplatz für Referendare zur Verfügung steht. Dann muss auf „Heimarbeit“ zurück gegriffen werden.

Ich hatte jedenfalls ein Büro für mich alleine und fand das sehr angenehm. Ein weiterer Vorteil der Anwesenheitspflicht ist meiner Ansicht nach, dass der eigene Ausbilder einen umfangreicheren Eindruck von den persönlichen Fähigkeiten bekommt und sich dies natürlich auch auf dem Stationszeugnis widerspiegelt. Die Gefahr eines floskelhaften Zeugnisses besteht damit jedenfalls nicht.

Da mein Ausbilder selbst einmal Leiter einer Arbeitsgemeinschaft war, hatte ich das Glück, dass er sich immer bemühte, mich mit examensrelevanten Aufgaben zu betrauen. So habe ich in den drei Monaten Klageerwiderungen, Ausgangsbescheide und - obwohl ja überwiegend abgeschafft - Widerspruchsbescheide schreiben dürfen. Darüber hinaus habe ich Stellungnahmen und Fristverlängerungen an die Verwaltungsgerichte geschickt, Protokolle geschrieben und sonstige verwaltungsrechtliche Fragestellungen des Dezernats beantwortet. Man braucht keine Angst vor neuen Rechtsgebieten zu haben, die einem im Studium noch nie begegnet sind. Es werden keine Wunder von den Referendaren erwartet und es wird genügend Zeit gegeben, sich in die neuen Gebiete einzuarbeiten. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Dezernenten und Sachbearbeiter dankbar sind, dass man sie unterstützt, insbesondere wenn man sich immer um neue Aufgaben bemüht und Interesse zeigt und nicht nur seine Zeit „absitzt“. Man tut sich selbst einen Gefallen, wenn man die Möglichkeiten wahrnimmt, die einem gegeben werden. Ich durfte beispielsweise auch an Außeneinsätzen und Begehungen teilnehmen. Das war nicht nur ein interessanter Einblick, sondern bringt auch Abwechslung in den Schreibtisch-Alltag.

Was die Arbeitsgemeinschaft angeht, die man zusätzlich besuchen muss, merkt man spätestens in dieser Station, dass das Arbeitspensum stetig ansteigt. Sie dauerte nicht nur länger als die AGen zuvor, nämlich von 9 Uhr bis 16 Uhr. Zusätzlich zu meinen - manchmal eher vergeblichen - Bemühungen, die Themen der AG vor- und nachzubereiten, wurden zudem häufig Hausaufgaben aufgegeben, deren Bearbeitung Pflicht war. Außerdem musste der obligatorische Aktenvortrag im öffentlichen Recht gehalten werden. Ich kann nur empfehlen, immer wieder Notizen zu machen, da sich das ausgeteilte Arbeitsmaterial, insbesondere Lösungen zu

Klausurfällen oder Aktenvorträgen eher in Grenzen hielt. Das erleichtert jedenfalls die Vorbereitung auf die nächste Veranstaltung.

Zusammenfassend kann ich sagen, dass mir die Arbeit bei der Bezirksregierung das bisher von mir eher ungeliebte Verwaltungsrecht sehr viel näher gebracht hat und ich einen ausgezeichneten Einblick in die Behördentätigkeit bekommen habe. Darüber hinaus waren die dortigen Aufgaben eine sehr gute Ergänzung zur Arbeitsgemeinschaft. Deswegen kann ich allen Unentschlossenen nur empfehlen, die Verwaltungsstation bei der Bezirksregierung Düsseldorf zu absolvieren.